

GASTKOMMENTAR

Lachnummer Parlament



DENIS MACSHANE

Die 16 Europaabgeordneten der SPD tun sich selbst und der demokratischen Linken in Europa keinen Gefallen, wenn sie es mit allen Mitteln bis hin zur Diffamierung versuchen, Ursula von der Leyen als erste Präsidentin der Europäischen Kommission zu verhindern. Es gab undemokratische Zeiten, da konnte jeder nationale Regierungschef ein Veto gegen einen Kandidaten für die Kommissionsspitze einlegen, wie dies etwa John Major und Tony Blair 1994 beziehungsweise 2004 taten. In den Augen von Downing Street wurden beide damaligen Kandidaten als zu europafreundlich angesehen. Das Nettoresultat dieses „Wegschießens“ war beide Male ein Eigentor: Die EU musste sich mit Jacques Santer und José Manuel Barroso abfinden, zwei relativ schwachen, unterdurchschnittlich talentierten Kommissionspräsidenten. Santer musste sogar mitsamt seiner gesamten Kommission seinen Rücktritt einreichen.

Der simple Fakt ist, und ich sage das als ehemaliger Labour-Minister, dass deutsche SPD-Abgeordnete Ursula von der Leyen nicht mögen, weil sie nicht in ihrer Partei ist. Aber kein Kommissionspräsident „gehört“ einer nationalen oder politischen Delegation an oder sollte zumindest nicht als Eigentum irgendeiner Partei, Fraktion oder Nation angesehen werden, sobald er oder sie gewählt wurde. Vor allem sollte die SPD-Störfraktion an die Ära von Jacques Delors als Kommissionspräsident von 1985 bis 1995 zurückdenken. Er wird heute als der beste Präsident der Europäischen Kommission aller Zeiten betrachtet. Auch die französische Linke war Jacques Delors gegenüber sehr feindlich eingestellt, als er 1984 als Kandidat vorgeschlagen wurde. In Frankreich wurde Delors zu dieser Zeit von der Linken als ultrakatholischer, unzulässig zwischen den sozialen Klassen kollaborierender, wirtschaftlich orthodoxer Finanzminister angesehen.

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Abstimmung über Frau von der Leyen sollten wir uns an just diese Episode einer fundamentalen Fehleinschätzung erinnern. Heutzutage wird Jacques Delors im Rückblick von den europäischen Sozialdemokraten als erfolgreichster Präsident der Europäischen Kommission aller Zeiten geradezu kanonisiert. Aber das war definitiv nicht die Art und Weise, wie ihn die Linke damals sah, als er zum Kandidaten gekürt wurde. Die deutschen Europaabgeordneten sind dabei, den gleichen Fehler in Bezug auf von der Leyen zu machen. Sie ist keine Superstar-Ministerin (wer ist das schon?), hat aber eine beeindruckende analytische Auffassungsgabe und kann komplexe Themen nicht nur erfassen und managen, sondern auch kommunizieren. Sie war zum Beispiel eine sehr effektive, unideologische (und damals von der SPD sehr geschätzte) Arbeitsministerin. Die SPD-Abgeordneten haben sich sogar dazu verstiegen, ein hoch personalisiertes Angriffs-dossier gegen Frau von der Leyen in Umlauf zu bringen. Es enthält Aufgüsse alter Anfeindungen bis hin zur Infragestellung ihrer Qualifikation als Ärztin. Das ist degoutant.

Eine weitere merkwürdige Behauptung ist, von der Leyen als Kandidatin von Viktor Orbán zu präsentieren. Natürlich freute sich Orbán, als er den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten, den Niederländer Frans Timmermans, als Kommissionspräsidenten verhindern konnte. Aber Orbáns Prahlerei, dass er nicht nur Timmermans verhindert hat, sondern auch eine Kernfigur im Findungsprozess von von der Leyen war, ist einfach nur bombastisch. Vor allem aber bleibt eine Tatsache unumstößlich: Es gibt nur wenige deutsche Politiker mit einem so starken europäischen Profil und einer so klaren persönlichen Identifikation mit europäischen Werten wie Ursula von der Leyen. Wenn von der Leyen mithilfe der SPD-Abgeordneten nicht gewählt wird, dann wird das Europäische Parlament global als Lachnummer erscheinen. Donald Trump dürfte enorm erfreut sein. Zu den Profitreuren zählen auch Nigel Farage und alle anderen Europahasser.

Die SPD und andere proeuropäische EP-Abgeordnete links der politischen Mitte Europas haben die Wahl. Frau von der Leyen ist nicht die perfekte Kandidatin. Wer ist das schon? Aber man sollte das irrealer Streben nach dem vermeintlich „Besten“ nicht zum Feind des Guten machen. Die erste Frau, die vorgeschlagen wurde, Europa zu leiten, kann in Zusammenarbeit mit dem Parlament gewiss einen guten Job machen. Dies ist kein Moment für politische Kleingeister.

Der sozialdemokratische Autor war britischer Europaminister im Kabinett Tony Blair

ESSAY



Die italienische NGO „Mediterranea“ bringt 46 Flüchtlinge am 6. Juli nach Lampedusa

Die Phrasendrescher der EU

Nach Auskunft von Umfragen sind deutsche Außenminister meist sehr beliebt. Dennoch haben sie es nicht leicht. Die Europa-politik und einen Gutteil der Außenpolitik hat längst das Bundeskanzleramt an sich gezogen. Und da ein Außenminister Deutschlands ein mittelgroßes, auf internationaler Bühne aber eher kleines Land vertritt, kann er nicht allzu viel bewegen. Auch deswegen geben deutsche Außenminister gerne wohlklingende Erklärungen zu fast allen gerade aktuellen politischen Problemen der Welt ab. Der Tenor: Ausgleich suchen, Gewalt und Kriege verhindern, dialogische Vernunft walten lassen. Deutschlands gegenwärtiger Außenminister Heiko Maas versteht sich gut auf diese Kunst.

Soeben hat er sich der Frage der Rettung von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer angenommen. Konstant dringend ist diese Frage seit Jahren, auch wenn nicht immer breit über sie berichtet wurde. Jetzt aber hat sie durch den Konflikt, dessen Kontrahenten der italienische Innenminister Salvini und die Kapitänin Rackette sind, auch vordergründig an Aktualität gewonnen. Und schon ist Heiko Maas mit Vorschlag und Rat zur Stelle. Diejenigen EU-Staaten, die zur Aufnahme von Mittelmeerflüchtlingsen bereit sind, sollten die Sache kurz entschlossen in die Hand nehmen und eine Aufnahmekoalition der Willigen, ein „Bündnis der Hilfsbereiten“ bilden. Der Vorschlag ist gleichermaßen einleuchtend wie bigott.

Offensichtlich ist das Projekt eines EU-weiten Verteilungsschlüssels vollkommen gescheitert. Ein Konsens wird hier auf absehbarer Zeit nicht herzustellen sein. Weil sich das früh abzeichnete, entstand der Vorschlag von Maas, den er jetzt für neu verkauft, schon vor Jahren. Er kam aber nicht voran. Selbst die Willigen, zum Beispiel Frankreich, die Niederlande und Deutschland, waren nicht willig genug. Die Sache verlief im Sande. Will man sie aber voranbringen, muss man sie klug, das heißt: geschickt voranbringen. Erst eine ausgereifte, bis ins Detail durchdachte und durchgerechnete sowie möglichst auch mit den Unwilligen abgesprochene Konzeption darf das Licht der Öffentlichkeit erblicken. Für Proklamationen und Willenserklärungen ist es inzwischen zu spät. Weil Maas aber wenig zu sagen hat, redet er viel. Er erkennt dabei das Wesen seines Jobs: die Diplomatie. Der Erfolg eines

Die Flüchtlingspolitik der EU ist gescheitert. Daher sind die wolkigen Worte von Heiko Maas bigott. Doch auch die kaltschnäuzige Antwort des Österreichers Sebastian Kurz ist unangebracht. Die EU muss endlich dieses Jahrhundertproblem auf eine andere Ebene bringen



THOMAS SCHMIDT

Außenministers entscheidet sich hinter der Bühne, nicht vor den Mikrofonen.

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler und derzeitige Wahlkämpfer Sebastian Kurz ist Maas sofort scharf in die Parade gefahren. Und zwar mit einem stichhaltigen Argument, das Maas vorab hätte in Rechnung stellen müssen. Wenn Maas geordnete Wege schaffen wolle, um Mittelmeerflüchtlingsen in europäische Staaten zu bringen, dann betreibe er – so Kurz – das Geschäft der Schlepper. Das ist zwar insofern übertrieben und bössartig, als Kurz damit den zweifellos humanitären Impuls von Maas auf eine Ebene stellt mit den Motiven von Kriminellen. Ganz falsch ist der Vorwurf aber auch nicht. Denn je wahrscheinlicher es für Bootsflüchtlingse wird, aus dem Meer gerettet und nach Norden weitergeleitet zu werden, desto mehr Menschen werden sich wohl für diesen Weg entscheiden.

Das ist ein unauflösliches Dilemma, auf das Kurz eine kaltschnäuzige Antwort gibt. Statt Nord-Transfer gehe es darum, „Menschen nach der Seenotrettung zurück in ihre Herkunfts- oder Transitländer zu bringen sowie Initiativen für Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung in Afrika zu setzen“. Ganz falsch ist die Idee der Rückführung in Herkunfts- und Transitländer nicht. Seit Langem wird ja darauf hingewiesen, dass es wenig sinnvoll und sehr teuer ist, wenn sich Flüchtlinge, die keine reale Chance auf Anerkennung haben, jahrelang in Deutschland aufhalten. Doch es ist außerordentlich schwer, einen anderen Weg zu gehen. Denn in vielen Herkunftsländern wären die Flüchtlinge nicht sicher, und fast alle Transitländer weigern sich, Flüchtlinge zurückzunehmen. Und selbst wenn sie sich dazu bereit erklärten, wäre das keine Lösung. Denn welchem Menschen kann man guten Gewissens zumuten, in einem libyschen Flüchtlingslager zu leben? Kurz' starke Worte werden der Vertracktheit der Verhältnisse nicht gerecht.

Kurzens zweiter Vorschlag ist vollends Unsinn. In der Tat, die EU soll alles Erdenkliche tun, um die wirtschaftliche Situation afrikanischer Staaten zu verbessern. Aber erstens weiß jeder, dass finanzielle und materielle Hilfe in Afrika nicht unbedingt immer Selbsthilfe freisetzt – wahrscheinlich ist nach wie vor, dass diese Gelder folgenlos versickern oder in die Taschen der herrschenden Eliten fließen. Und ebenso ist bekannt,

dass selbst effektive Hilfe erst in Jahrzehnten ihre Früchte tragen würde. Kurz täuscht also das Publikum, wenn er suggeriert, solche Hilfe könne in absehbarer Zeit die Zahl der Flüchtlinge reduzieren.

Warum traut sich Heiko Maas, hochgemut seine wolkigen Phrasen in die Welt zu setzen? Und warum traut sich Sebastian Kurz, mit seinen zackigen Phrasen so zu tun, als habe er die Lösung eines offenkundig kaum löslichen Problems gefunden? Nicht erst seit dem Flüchtlingsjahr 2015 zeichnet es die Debatte über Migration aus, dass sich zwei Positionen von unerträglicher Schlichtheit gegenüberstehen. Hier die hochherzigen Befürworter von Migration, die jeden Flüchtling willkommen heißen – und sich um die Frage der notwendigen Begrenzung der Zuwanderung systematisch herumdrücken oder sie gar für gegenstandslos erklären. Und dort die Verfechter einer unerbittlichen europäischen Grenzsicherung, die sich von humanitären Zweifeln nicht mehr plagen lassen und ernsthaft glauben, man könne in Europas Staaten mit einem Mix aus Abwehr und materieller Hilfe Zuwanderung unterbinden. Unerträglich, dass diese migrationspolitischen Steinzeitgefechte noch immer geführt werden.

Es führt kein Weg daran vorbei: Die EU muss sich als die Körperschaft, die sie ist, mit dem Migrationsdruck auf Europa auseinandersetzen, den es gibt und den keine noch so schlaue Politik hinwegzaubern kann. Es wird keine befriedigenden Lösungen geben. Es muss aber um Kompromisse zwischen den Orbáns und Merkels, zwischen Maas und Kurz dieses Kontinents gerungen werden. Es gibt Zeiten, in denen etwas zur Entscheidung steht, in denen etwas unwiderruflich kippen kann. Die neue EU-Kommission erbt mit der Flüchtlingsfrage ein Problem, an dem die alte versagt hat. Die neue, von wem auch immer geleitet, kann das Tänzeln fortsetzen, in dem sich Jean-Claude Juncker so schön und so traurig übt. Damit aber würde etwas verspielt. Die EU wäre danach ein geplatzter Traum. Welche Persönlichkeit auch immer die EU-Kommission leiten wird: Man wird sie nicht zuletzt daran messen, ob es ihr gelingt, die Gemeinschaft aus dem alten Grundsatzstreit herauszuführen. Ob sie es geschafft hat, alle Staats- und Regierungschefs der Union davon zu überzeugen, dass Kooperation in der Flüchtlingsfrage das Gebot sein muss. Und dass Europa beides können muss: abwehren und aufnehmen, Grenzen sichern und integrieren.

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985 *)

Herausgeber: Stefan Aust
 Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
 Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky, Arne Teetz
 Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Johannes Boie, Dagmar Rosenfeld
 Stv. Chefredakteur: Robin Alexander
 Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
 Kommentator: Torsten Krauel
 Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
 Leitung Editionsteam: Christian Gaertner, Stv. Philip Jürgens, Lars Winckler
 Creative Director: Cornelius Tittel
 Artredaktion: Juliane Schwarzenberg, Stv. Katja Fischer

Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Dr. Jacques Schuster, Lars Schroeder
 Forum: Andrea Seibel, Stv. Rainer Haubrich
 Investigation/Reportage: Wolfgang Bischer, Stv. Manuel Bewarder
 Außenpolitik: Clemens Wergin, Stv. Klaus Geiger, Silke Mühlherr
 Wirtschaft/Finanzen: Olaf Gersemann, Ileana Grabitz, Stv. Jan Dams, Dietmar Deffner, Thomas Exner
 Feuilleton: Dr. Jan Kiviler, Andreas Rosenfelder
 Literarische Welt: Dr. Mara Delius
 Literarischer Korrespondent: Richard Kämmerlings
 Stil/Reise: Adriano Sack, Stv. Sönke Krüger, Inga Griese
 Senior Editor: Sport: Stefan Frommann, Stv. Sven Flohr, Volker Zeitler
 Wissen: Dr. Pia Heinemann, Stv. Wiebke Hollersen
 Regionalredaktion Hamburg: Jörn Lauterbach, Stv. Claudia Sewig
 Nachrichten/Unterhaltung: Falk Schneider
 Community/Social: Thore Barfuß, Wolf-

gang Scheida, Jörgen Camrath und Andreas Müller
 (Social Media) WELTplus: Sebastian Lange
 Video: Martin Heller
 Cvd Produktion: Patricia Plate, Stv. Dr. Jörg Forbricht
 Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne
 Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm
 Chefredakteur Außenpolitik: Dr. Sascha Lehmann
 Chefredakteur Wirtschaftspolitik: Dr. Dorothea Siems
 Korrespondenten Politik/Gesell-

schaft: Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger
 Chefredakteur Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau
 Chefredakteurin: Helke Vowinkel
 Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff
 Ständige Mitarbeit: Prof. Michael Stürmer
 Autoren: Henryk M. Broder, Dr. Susanne Gaschke, Peter Huth, Alan Posener, Dr. Kathrin Spoerl, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zippert
 Auslandskorrespondenten: Brüssel:

Hannalore Crolly, Dr. Christoph Schiltz
 Budapest: Boris Kalnoky
 Istanbul: Deniz Yücel
 Jerusalem: Gil Yaron
 Kapstadt: Christian Putsch
 London: Stefanie Bolzen, Thomas Kießling
 Marrakesch: Alfred Hackensberger
 Moskau: Pavel Lokshin
 New York: Hannes Stein
 Paris: Martina Meister
 Peking: Johnny Erling
 Prag: Hans-Jörg Schmidt
 Warschau: Philip Fritz
 Washington: Steffen Schwarzkopf, Dr. Daniel Friedrich
 Sturm